

Widerstand formiert sich

Forum gegen Fernwärme-Anschlusszwang

Von Martina Jurk

Braunschweig. Gegen den geplanten Fernwärme-Anschlusszwang der Stadt formiert sich Widerstand.

Im August vergangenen Jahres gründete sich das Fernwärme-Forum Braunschweig. Für Hauseigentümer und Mieter ist die „Zwangmaßnahme“ undemokra-

tisch. Es fehle die öffentliche Diskussion. Der Fernwärme-Anschlusszwang ist eine von mehreren Maßnahmen, die mit dem Luftreinhalteplan beschlossen werden sollen. Einzelmaßnahmen des Planungsentwurfs sind vorgezogen, der Punkt Ausbau der Fernwärme und die Anschlusssatzung verschoben worden, weil Braunschweig die Entscheidung der Bundesregierung zu den Förderbedingungen abwarten will. *Weiter Seite 11*

Nr. 18 • Mittwoch, 30. April 2008

LOKALES

neue
Braunschweiger

11

Fernwärme-Forum fordert: Weg mit dem Zwang

Stadt will Entscheidung des Bundestages zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz abwarten – Skepsis bei Hauseigentümern und Mietern

Von Martina Jurk

Fortsetzung von Seite 1. Das von BS-Energy, der Stadtverwaltung und den Ratsfraktionen vorgestellte eigene Förderprogramm sei unter den Vorbehalt der Verabschiedung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes des Bundes gestellt worden, so die Stadt.

Unabhängig von der zeitlichen Verschiebung akzeptieren die Repräsentanten von 52 Straßen im geplanten Fernwärmezwangbereich Innenstadt und innenstadtnahe Gebiete die Begründungen

pro Fernwärme nicht. Schadstoffimmissionen könnten mit dem Fernwärmezwang nicht kurzfristig abgebaut werden, akute Probleme der Luftreinhaltung würden damit nicht gelöst. Der Schadstoffausstoß ließe sich auch ohne Fernwärmezwang deutlich senken, hält das Fernwärme-Forum dagegen. „Ich habe etwas gegen den Zwang, und mir gefällt es nicht, wie mit den Bürgern umgegangen wird. Ihnen wird keine Alternative zum Fernwärme-Anschluss gegeben“, ist Dr. Stefan Miersch aufgebracht.

Darstellungen von BS-Energy würden suggerieren, die Fernheizung sei die kostengünstigste Wärmeversorgung. Dabei würden wichtige Kostenfaktoren außer Acht gelassen. Generell seien die

Anschlusskosten an die Fernwärme nicht berücksichtigt. Ebenso wenig seien Aufwendungen für das Einziehen neuer Rohrleitungen und Renovierungen sowie das vorzeitige Ausrangieren von Etagenheizungen enthalten, heißt es in einer Pressemitteilung des Forums.

Die Forumsmitglieder beschäftigen sich sehr eingehend mit der Problematik Fernwärme. Ihnen scheint es wichtig, genügend Fakten und Informationen zu dem äußerst komplexen Thema zu bekommen, wie auch die Internetseite des Forums (www.fernwaermeforum.de) zeigt. Sie befürchten, dass auch die Ratsmitglieder falsch oder ungenügend informiert sind. Mit der Aktion 52-52-52 (52 Bürger aus 52 Stra-

ßen fragen 52 Ratsmitglieder) fordert das Fernwärme-Forum eine fundierte Auseinandersetzung mit den Argumenten für beziehungsweise gegen den Fernwärme-Anschlusszwang.

„Anlass für die Aktion ist die weitgehende Diskussions- und Informationsverweigerung von Politik und Verwaltung, obwohl eine fundierte Begründung für einen Fernwärmezwang bis heute aussteht und BS-Energy bereits auf seinen Internetseiten und über Wikipedia mehr oder minder direkt für den Anschlusszwang wirbt“, sagt Dr. Gudrun Beneke.

Mehrfach habe das Forum versucht, Ratsmitglieder einzuladen. „Wir haben Briefe an die Ratsmitglieder geschickt und sie gebeten,

Informationsveranstaltungen zu organisieren. Von CDU und SPD wurden wir hingehalten und getröstet. Wir haben BS-Energy und das Umweltamt eingeladen, um mehr Klarheit und eine Diskussion zur Begründung des Anschlusszwangs zu erhalten. Das Umweltamt ist nicht erschienen. Bislang hat es keine einzige Diskussion zur Begründung gegeben“, sagt die Ingenieurin Gudrun Beneke und ist ratlos.

Den Grund für die bislang fehlende öffentliche Diskussion sieht die Stadt in dem noch ausstehenden Förderprogramm der Bundesregierung. „Erst wenn die entsprechenden Entscheidungen in Berlin gefallen sind, werden die Stadtverwaltung und BS-Energy sie auswerten, bewerten und den

städtischen Gremien Papiere zukommen lassen und dann auch Öffentlichkeit und betroffene Stadtgebiete eingehend informieren“, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme der Stadt. Eine mögliche Entscheidung des Rates solle nur nach einer vorangegangenen, ausführlichen und informativen Debatte mit allen Beteiligten getroffen werden.

Bereits im Januar sagte Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink: „Wir peitschen das nicht durch und sind ohnehin darauf aus, dass die Betroffenen es am Ende nicht nur für den Umweltschutz, sondern für sich selbst als wirtschaftlich vorteilhaft ansehen werden.“ Genau das bezweifeln die Mitglieder des Fernwärme-Forums Braunschweig.